

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit  
(15. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Dr. Peter Paziorek,  
Dr. Friedbert Pflüger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU  
– Drucksache 15/2163 –**

**Russland für eine Ratifizierung des Kyoto-Protokolls gewinnen – Im Interesse des  
internationalen Klimaschutzes und eines Erfolges des Emissionshandels**

### **A. Problem**

Durch den Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich bilateral, als Mitglied der Europäischen Union und im Rahmen der Vereinten Nationen nachdrücklich dafür einzusetzen, dass Russland das Kyoto-Protokoll umgehend ratifiziert.

Die Bundesregierung soll darüber hinaus aufgefordert werden, umfassend und detailliert über die aus einer Ratifizierung des Kyoto-Protokolls resultierenden konkreten Vorteile Russlands zu berichten, dem Deutschen Bundestag umgehend einen ausführlichen Bericht vorzulegen, der mit Blick auf den bevorstehenden Emissionshandel die Folgen einer Nicht-Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland für die Europäische Union und für Deutschland unter rechtlichen und ökonomischen Aspekten analysiert und denkbare Alternativen aufzeigt, sowie dem Deutschen Bundestag schnellstmöglich einen ausführlichen Bericht vorzulegen, der die Folgen einer Nicht-Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland für die internationale Klimaschutzpolitik analysiert und denkbare Alternativen aufzeigt.

### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/  
CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**

### **C. Alternativen**

Keine

### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag – Drucksache 15/2163 – abzulehnen.

Berlin, den 22. September 2004

### **Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

**Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker**  
Vorsitzender

**Ulrich Kelber**  
Berichterstatter

**Marie-Luise Dött**  
Berichterstatterin

**Dr. Reinhard Loske**  
Berichterstatter

**Birgit Homburger**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Ulrich Kelber, Marie-Luise Dött, Dr. Reinhard Loske und Birgit Homburger

### I.

Der Antrag – Drucksache 15/2163 – wurde in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Januar 2004 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag – Drucksache 15/2163 – abzulehnen.

### II.

Durch den Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich bilateral, als Mitglied der Europäischen Union und im Rahmen der Vereinten Nationen nachdrücklich dafür einzusetzen, dass Russland das Kyoto-Protokoll umgehend ratifiziert.

Die Bundesregierung soll darüber hinaus aufgefordert werden, umfassend und detailliert über die aus einer Ratifizierung des Kyoto-Protokolls resultierenden konkreten Vorteile Russlands zu berichten, dem Deutschen Bundestag umgehend einen ausführlichen Bericht vorzulegen, der mit Blick auf den bevorstehenden Emissionshandel die Folgen einer Nicht-Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland für die Europäische Union und für Deutschland unter rechtlichen und ökonomischen Aspekten analysiert und denkbare Alternativen aufzeigt sowie dem Deutschen Bundestag schnellstmöglich einen ausführlichen Bericht vorzulegen, der die Folgen einer Nicht-Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland für die internationale Klimaschutzpolitik analysiert und denkbare Alternativen aufzeigt.

### III.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag – Drucksache 15/2163 – in seiner Sitzung am 22. September 2004 beraten.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wurde auf die intensiven Bemühungen von Bundesregierung und EU verwiesen, Russland zu einer Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu bewegen. Wie der in Russland zu beobachtende klimapolitische Stimmungswandel andeute, seien sie offensichtlich nicht ohne Erfolg geblieben. Die erste Forderung des Antrags entbehre insofern einer Grundlage. Auch zur zweiten Forderung lägen entsprechende Erkenntnisse und Unterlagen vor, daher habe sich auch diese Forderung erledigt. Eine Annahme der unter den Nummern drei und vier aufgeführten Forderungen würde die Verhandlungsposition Deutschlands und der EU gegenüber Russland schwä-

chen, indem sie mögliche Alternativen öffentlich mache, bevor die Verhandlungen überhaupt zu einem Ende gelangt seien. Auch diesen Forderungen könne daher nicht gefolgt werden. Aus den genannten Gründen werde der Antrag abgelehnt.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wurde betont, mit dem Antrag bekenne sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erneut eindeutig zu den Zielen des Kyoto-Protokolls. Man wolle jedoch einer weiteren Erosion des Kyoto-Protokolls entgegenwirken; die fehlende Verpflichtung von Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien sowie der Ausstieg der USA aus dem Ratifizierungsprozess hätten diese Vereinbarung erheblich geschwächt. Bisher versuche die EU, durch die Einführung des EU-Emissionshandelsystems die Verpflichtungen im Alleingang einzuhalten. Bekanntlich habe die Bundesregierung in den Verhandlungen auf EU-Ebene zur Emissionshandelsrichtlinie jedoch nachdrücklich eine Verknüpfung des gemeinschaftlichen Emissionshandelssystems mit den flexiblen Kyoto-Mechanismen Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM) gefordert. Diesen Weg gelte es konsequent weiter zu beschreiten. Es seien neue Kraftanstrengungen erforderlich, um dem Kyoto-Protokoll endlich zu seinem notwendigen Erfolg zu verhelfen. Russland habe in diesem Prozess die entscheidende Schlüsselposition inne. Die Bundesregierung werde daher aufgefordert, sich innerhalb der EU und auf der Ebene der Vereinten Nationen für eine Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland einzusetzen. Darüber hinaus müsse man sich jedoch auch mit der Möglichkeit beschäftigen, dass ein Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls scheitere. Insofern sollten Strategien entwickelt werden, die auch für den Fall eines Scheiterns des Kyoto-Protokolls klimapolitische Alternativen und Wege aufzeigten, die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhalten. Vor diesem Hintergrund fordere man die Bundesregierung in dem vorliegenden Antrag u. a. auf, einen umfassenden und genauen Bericht zu den Folgen einer Nicht-Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland vorzulegen.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wurde auf die zahlreichen Gespräche verwiesen, die – teils auf höchster politischer Ebene – seitens der Bundesregierung, der Regierungen anderer EU-Mitgliedstaaten sowie der EU-Kommission mit der russischen Regierung geführt worden seien, um Russland zu einer Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu bewegen. Der grundlegende Vorwurf des Antrags, die Bundesregierung setze sich zu wenig für eine Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Russland ein, sei daher falsch. Für nicht akzeptabel halte man auch die Forderungen des Antrags, die sich auf eine Offenlegung alternativer Strategien für den Fall richteten, dass Russland das Kyoto-Protokoll nicht ratifizieren sollte. Andererseits hätten sich bisher alle optimistischen Erwartungen und Ankündigungen, Russland werde das Kyoto-Protokoll in Kürze ratifizieren, als nicht zutreffend erwiesen, die Ratifizierungsdiskussion ziehe sich vielmehr in die Länge. Daher halte man die hinter dem Antrag stehende Intention für nicht

unberechtigt. Es sei unbestritten, dass alles dafür getan werden müsse, Russland zu einer schnellstmöglichen Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu veranlassen. Dies gelte insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass sich die für Dezember 2004 vorgesehene 10. Konferenz der Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention (COP 10) voraussichtlich bereits mit der Verpflichtungsperiode ab 2012 befassen werde. Dem Antrag könne aus den genannten Gründen nicht zugestimmt werden.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wurde die Notwendigkeit unterstrichen, sich weiterhin intensiv darum zu bemühen, Russland zu einer Ratifizierung des Kyoto-Protokolls zu bewegen. Allerdings habe man Zweifel daran, dass sich die Bundesregierung und insbesondere auch der Bundeskanzler in ihren Gesprächen mit der russischen Regierung tatsäch-

lich in entsprechender Weise eingesetzt hätten. Insofern befürworte man das grundlegende Anliegen des Antrags sowie die erste der in dem Antrag aufgeführten Forderungen. Dagegen halte man die unter den Punkten zwei bis vier des Antrags geforderten Berichtspflichten für überzogen. Man sei sehr daran interessiert, Fortschritte in der Sache zu erzielen, halte es aber für wenig wahrscheinlich, dass die geforderten Berichte in dieser Hinsicht hilfreich wären. Daher werde man sich bei der Abstimmung über den Antrag der Stimme enthalten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag – Drucksache 15/2163 – abzulehnen.

Berlin, den 1. Oktober 2004

**Ulrich Kelber**  
Berichtersteller

**Marie-Luise Dött**  
Berichterstellerin

**Dr. Reinhard Loske**  
Berichtersteller

**Birgit Homburger**  
Berichterstellerin